



Eine Mehrheit der Teilnehmer an einer von Elon Musk selbst initiierten Umfrage auf Twitter stimmte am Montag dafür, dass der Unternehmer die Leitung des sozialen Netzwerks aufgeben sollte. Von den über 17 Millionen Abstimmenden sprachen sich 57,5% für einen Rücktritt von Elon Musk aus, der sich verpflichtet hatte, das Ergebnis zu respektieren.

57,5% der mehr als 17 Millionen Teilnehmer an der Abstimmung sprachen sich für einen Rücktritt Musks aus. Musk verpflichtete sich, das Ergebnis zu respektieren, reagierte jedoch nicht unmittelbar darauf.

„Soll ich die Führung von Twitter abgeben?“, hatte der Milliardär in der Nacht von Sonntag auf Montag in seinem sozialen Netzwerk gefragt. „Ich werde mich an die Ergebnisse dieser Umfrage halten“, hatte er versprochen.

Should I step down as head of Twitter? I will abide by the results of this poll.

— Elon Musk (@elonmusk) December 18, 2022

Seit seiner Übernahme der Plattform Ende Oktober hat der Chef von Tesla und SpaceX bereits für zahlreiche Kontroversen gesorgt, indem er die Hälfte der Twitter-Mitarbeiter entließ, gesperrte Konten wieder öffnete, die Konten von Journalisten sperrte und versuchte, ein neues kostenpflichtiges Abonnement einzuführen.

„Vom schlampigen Abo-Plan über das Verbot von Journalisten bis hin zu den täglichen politischen Kontroversen war es das totale Chaos, die Werbekunden flohen und Twitter baute sein Defizit weiter aus“, kritisierte der Analyst Dan Ives von Wedbush Securities, der die potenziellen Verluste des Unternehmens auf 4 Milliarden US-Dollar pro Jahr schätzt.

Twitter hatte am Sonntag angekündigt, dass es nicht mehr möglich sein werde, Links zu konkurrierenden Netzwerken wie Facebook, Instagram, Mastodon oder Truth Social, dem sozialen Netzwerk von Donald Trump, zu veröffentlichen.

Es ist nun verboten, eine Nachricht wie „Danke, dass du mir @Identifikator auf Instagram folgst“ zu twittern, teilte die Plattform mit.

Die neuen Regeln stießen bei vielen Nutzern auf Unverständnis, nachdem einige Konten aufgrund der neuen Regel gesperrt wurden, darunter auch das Konto des Investors Paul Graham, relativierte Musk seine Entscheidung.



Zunächst twitterte er, dass die Politik statt auf einzelne Tweets abzuzielen, sich darauf beschränken würde, „Accounts nur dann zu suspendieren, wenn der „Hauptzweck“ dieses Accounts die Förderung von Wettbewerbern ist“.

Der unstete Milliardär behauptete dann, dass über „größere politische Veränderungen“ im sozialen Netzwerk systematisch abgestimmt werden würde.

In der vergangenen Woche hatte Musk die Konten mehrerer US-amerikanischer Journalisten von CNN, der New York Times und der Washington Post gelöscht und wieder eingerichtet, was die Europäische Union und die Vereinten Nationen auf den Plan rief. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission drohte dem Unternehmer sogar mit Sanktionen.

Der Multimilliardär hatte am Mittwoch zunächst @elonjet, ein Konto, das automatisch über die Reisen seines Privatjets berichtete, und anschließend die Konten von Journalisten, die über diese Entscheidung getwittert hatten, gesperrt und ihnen vorgeworfen, seine Familie in Gefahr zu bringen.

Diese Konten wurden am Samstag wieder eingerichtet, doch einige berichteten, dass sie aufgefordert worden waren, bestimmte Beiträge zu löschen, wenn sie die Plattform in vollem Umfang weiter nutzen wollten.

Am Samstagabend wurde auch das Twitter-Konto einer Journalistin der Washington Post, Taylor Lorenz, für mehrere Stunden gesperrt.

„Elon Musk hat mein Twitter-Konto gesperrt“, sagte die Journalistin, die für die Washington Post über den Technologiesektor berichtet, in ihrem Blog.

Ihr Konto wurde am Sonntag wiederhergestellt.

Seit er die Leitung von Twitter übernommen hat, hat Musk viele Konten, die vorher gesperrt worden waren, wieder aktiviert, darunter auch das Konto von Donald Trump. Außerdem beendete er die Bekämpfung von Desinformationen im Zusammenhang mit COVID-19.

Im Gegensatz dazu sperrte er das Konto des Rappers Kanye West, nachdem dieser mehrere als antisemitisch eingestufte Nachrichten veröffentlicht hatte, und verweigerte die Rückkehr des rechtsextremen Verschwörungstheoretikers Alex Jones auf die Plattform.